VR-01-040-3 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Bruno Hönel (KV Lübeck)

Titel

Ändern in:
Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 40 bis 48:
~~Die Schuldenbremse muss reformiert werden. Dazu soll die sogenannte "Goldenen Regel" wieder eingeführt werden. Diese ermöglicht die Aufnahme von staatlichen Krediten in dem Umfang, wie vom Staat Investitionen getätigt werden. Darüber hinaus ist die Anpassung der Konjunkturkomponente insoweit erforderlich, dass in Krisenzeiten ein weitreichenderer Spielraum ermöglicht wird. Dem Staat soll generell ermöglicht werden, in Krisenzeiten zu intervenieren. Außerdem schlagen wir ein 400-Mrd. Euro-Investitionspaket für gute Infrastruktur vor. Investitionen in Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, Kitas und unser Schienennetz haben für uns die höchste Priorität.~~

Das aktuelle Regelwerk der Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse für Deutschland. Die dringend nötige Investitionsoffensive, u.a. in öffentliche Infrastruktur, den Bildungssektor sowie in die Digitalisierung, wird ausgebremst. Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren hat, haben wir in der Ampel die Trendwende mit Rekord-Investitionen des Bundes eingeleitet. Die darüberhinaus gehenden öffentlichen Investitionsbedarfe in deutlich dreistelliger Milliardenhöhe übersteigen die aktuellen Möglichkeiten aber deutlich. Wir machen deshalb einen neuen Vorschlag: den „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen".

Den Deutschland-Investitionsfonds ermöglichen wir durch eine Reform der Schuldenbremse für kreditfinanzierte Investitionen. Denn Investitionen in die Zukunft, für starkes öffentliches Vermögen und nachhaltiges Wachstum sind eine Daueraufgabe, die eine strukturelle dauerhafte Lösung verlangen.

Begründung

Allgemeinere Formulierung, um keine Vorfestlegung wie bspw. "goldene Regel" zu treffen und Handlungsspielräume und Erfolgsaussichten damit unnötig einzuengen

Aufnahme Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen

weitere Antragsteller*innen

Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Sascha Müller (KV Schwabach); Sven-Christian Kindler (KV Hannover); Alexander Link (KV Heidelberg); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Christina-Johanne Schröder (KV Wesermarsch); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Jonas Prade (KV Berlin-Reinickendorf); Denise Loop (KV Dithmarschen); Thomas von Gizycki (KV Oberhavel); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Maximilian Schulz (KV Mannheim); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt);

Konstantin Mallach (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Tilo Fuchs (KV Berlin-Mitte); Andreas Kappler (KV Berlin-Lichtenberg); Simon Zunk (KV Uckermark); sowie 56 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.